

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

548 (24.11.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

und
Handels-Zeitung.
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Glacium und Berlin nach
West-Pravaria
Chefredakteur:
Gunnar Walter Schmeider
Verantwortliche Redakteure: Für
deutsche und badische Politik: W.
Göttinger, für Reichspolitik: W. B.
Schäfer, für Sozialpolitik: W. B.
Schäfer, für Industrie, für soziale Ange-
legenheiten u. Sport: W. B. Schmeider,
für die Handelszeitung: W. B. Schmeider,
alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion:
Dr. Kurt Weiser.

Vertriebsredaktion:
Geschäftsstelle: Nr. 86.
Redaktion: Nr. 308 und 319.

Geschäftsstelle:
Bismarck- und Kommstraße-Ecke, nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Telefonnummern: Karlsruhe Nr. 8358

Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Die ersten Sitzungen.

Genf, 23. Nov. Heute vormittag wurde im Völkerbundspalast die deutsch-polnische Konferenz durch eine Begrüßungsrede des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond und durch eine längere Rede des Präsidenten, Felix Calonder, eröffnet, worauf Reichsminister a. D. Schiffer und der polnische Bevollmächtigte Dłuski, antworteten. Eine zweite Sitzung fand am Nachmittag statt, in der der Arbeitsplan besprochen wurde. Es wurde beschlossen, die Materie auf 11-12 Unterausschüsse zu erteilen, die voraussichtlich in Danzig tagen werden. Eine dritte, voraussichtlich die letzte Sitzung der beiden Abordnungen, findet morgen nachmittag statt. Im Anschluß an die zweite Sitzung gab die Konferenz folgende amtliche Mitteilung aus:

Der von den a. und a. Hauptmächten angenommene Beschluß des Völkerbundsrats über Oberschlesien sieht ein Abkommen zwischen Polen und Deutschland zur Ergänzung des Ubergangsregimes in Oberschlesien und des Minderheitenschutzgesetzes vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz fand heute im Völkerbundspalast unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder statt. Deutschland war vertreten durch den Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär Dr. Lewand und den Grafen Schulenburg vom Auswärtigen Amt, Polen durch den bevollmächtigten Gesandten Cassimir Dłuski, den Legationsrat Borowski und den Sekretär im Ministerium des Äußeren Krametzki. Nach einigen Begrüßungsworten des Generalsekretärs eröffnete Calonder die Sitzung, indem er ihre Aufgaben charakterisierte. Beide Vertretungen legten den größten Wert darauf, festzustellen, daß sie mit dem Geist der Versöhnung an ihre Aufgaben herantreten würden und mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern auch die ganze Welt an einer friedlichen Lösung der durch die Teilung Oberschlesiens aufgeworfenen Fragen interessiert seien. Ueber das einzufließende Verfahren fand eine Vorbesprechung statt. Ein von Dłuski vorgebrachter und unterbreiteter Vorschlag wurde als Verhandlungsbasis angenommen. Die Konferenz untersuchte nunmehr die Frage der Arbeitsaufteilung auf die verschiedenen Unterkommissionen und die Frage, an welchem Ort die Unterkommissionsitzungen stattfinden sollen. Die Aussprache über diese beiden Punkte wurde auf morgen vertagt.

Die polnische Delegation.

II. Warschau, 24. November. Die polnische Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien ist vom Ministerpräsidenten zusammengeführt worden: Vorsitzender: der Departementsdirektor im Ministerium des Auswärtigen Dłuski, Wirtschaftsfragen: Dr. Bernhard Diamand, Vertreter des Ministeriums des Äußeren: August Poplawski, Eisenbahnen: Vizeminister Eberhard und Ingenieur Janda, Wasser: Ingenieur Rutowski, Elektrizität: Ingenieur Ganczal und Leon Janowski, Waldfragen: Ministerialbeamte Motowicki und Modzelewski, sowie die Bankdirektoren Hajans und Szajkilla, Jälle: Chutowski, Dr. Wolf, Dr. Tenner, Post: Dr. Koch, Kohle: Ingenieur Bobog, Krasonobestki und Krasonobestki, Erze: Ingenieur Rudowski und Kisla, Arbeiterüberlegung: Studer, Cuzg und Kne, Justiz einschl. Konzeptions- und Arbeitsfragen: Dr. Leiberger, Minderheitsrechte: Dr. Wasserberger. Außerdem gehören der Delegation noch Vertreter der Arbeiter- und -nehmer an.

Eine notwendige Reise.

II. Genf, 24. Nov. (Drahtbericht.) Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Verhandlungen, Calonder, will auf der Reise nach dem neuen Konferenzort Danzig einen Absteiger nach Oberschlesien zwecks Fühlungsnahme mit der Bevölkerung machen.

Tschechien und Oberschlesien.

III. Wien, 23. Nov. Wie aus Prag gemeldet wird, besagt die Interpellation des deutschen parlamentarischen Verbandes über die Rolle der Tschechoslowakei in der ober-schlesischen Frage: Bei seiner jüngsten Anwesenheit in Prag hat der polnische Minister des Äußeren Stimmüt, dem Ministerpräsidenten gegenüber dandend hervorgehoben, daß die Teilung Oberschlesiens hauptsächlich der Haltung des Ministerpräsidenten zugeschrieben werden könne. Der Ministerpräsident verleihe damit neuerlich die Gefühle von 3 1/2 Millionen Deutschen dieses Staates aus allerempfindlichste. Er bewies, daß für ihn weder moralische Bedenken noch politische Grundzüge in Betracht kommen, wenn es gilt, den Haß, die Vernichtungspolitik gegen das Deutsche Reich zu unterstützen. Bei dieser Haltung des Ministerpräsidenten erscheint die schwere Beunruhigung der Bevölkerung, die auf die Gerüchte zurückzuführen ist, daß zwischen den Polen, Tschechen und Franzosen Abmachungen über die Beilegung weiterer Teile Oberschlesiens getroffen worden sind. Es wird geglaubt, ob der Ministerpräsident bereit ist, ernstlich und offen die Unannehmlichkeit der tschecho-slowakischen Regierung in Oberschlesien zu erklären, da durch die Entscheidung des Obersten Rates die im Friedensvertrage enthaltenen Voraussetzungen für den Anfall des beschriebenen Gebietes wegfallen.

Die Verstimmung München — Berlin.

Eine Debatte im bayerischen Hauptauschuss.
München, 23. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Hauptauschuss des bayerischen Landtages beschloß sich, wie bereits angekündigt, mit der Absicht des Untersuchungsausschusses des Reichstages eine Kontrolle der bayerischen Festungshauptstadt Niederhörsfeld vorzunehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Feld (B. Sp.), erklärte, die Frage müsse schleunigst und mit allem Ernst behandelt werden, damit nicht eine Irrung und Verwirrung wie im September eintreffe. Der Ministerpräsident hob die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit hervor, die ihr weit über die Grenze Bayerns hinaus zuzuliebe. Das Reichsjustizministerium werde wahrscheinlich auf die bayerische Regierung herantreten, um dem Reichstagsauschuss den Zutritt zu der Festungshauptstadt Niederhörsfeld zu ermöglichen. Bis dahin müsse sich die bayerische Regierung ihre Stellungnahme zu der außerordentlichen Rechtsfrage vorbehalten. Sollte eine Einigung in etwaigen Meinungsverschiedenheiten nicht erzielt werden, so würde darüber der Staatsgerichtshof zu entscheiden haben. Bis dahin hätte auf alle Fälle die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses in Bayern zu unterbleiben. Der Ministerpräsident sagte weiter: In politischer Beziehung muß ich schon jetzt

den nach meinem Dafürhalten keineswegs einem sachlichen Bedürfnis allein entspringenden Beschluß des Untersuchungsausschusses auf das Entschiedenste ablehnen. Es muß mit Recht von neuem eine tiefgehende Beunruhigung in Bayern hervorgerufen, umso mehr, als die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen ist, daß den gegenwärtigen Willkürereien der radikalen Elemente damit im ganzen Reich Vorschub geleistet wird. Die bayerische Staatsregierung wird mit aller Ruhe und Entschiedenheit den durch die Interessen des Landes gebotenen Standpunkt wahren. Sie legt den größten Wert darauf, daß im Parlament und in der Öffentlichkeit eine leidenschaftslose und gemessene Behandlung des Zwischenfalles Platz greift.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Feld, erklärte, er fasse die Frage als eine Rechtsfrage auf, aber auch als eine politische Frage. Das Reich dürfe sich nicht den Luxus gestatten, mit den einzelnen Ländern fortwährend Krach zu haben. Im gleichen Sinne sprachen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien aus. Abgeordneter Dr. von Knilling (B. V.) unterstrich, daß Bayern nicht die Schuld trage, wenn es neuerdings zu Meinungsverschiedenheiten käme. Er ging dann auf die rechtliche Seite der Angelegenheit ein, mit der sich auch der demokratische Abgeordnete Müller-Meinigen befaßte. Dieser hoffte zurecht, daß sich die Herren in Berlin warnen lassen würden, um die Lage nicht auf das Äußerste zu verschärfen; die politischen Folgen könnten höchst unangenehm sein. Abgeordneter Schaeffer (B. Sp.) erklärte, es handle sich bei dieser Frage um staatliche Lebensnotwendigkeiten Bayerns. Die vielen Uebergänge des Reiches hätten in Bayern eine so erregte Stimmung erzeugt, daß man das Bedürfnis haben müsse, beruhigung zu schaffen. Abgeordneter Nikisch (U. S.) bemerkte, es sei selbstverständlich, daß man dem Reich jetzt wieder alle Schuld in die Schuhe schiebe. In diesem Falle habe das Reich seine Schuld, sondern die Schuld liege bei der Mehrheit des Landtages, die bisher alle Klagen über den Strafvollzug unter den Tisch gewischt habe.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld nahm gegen Schluß der Beratungen noch einmal das Wort, indem er betonte, die bayerische Regierung verfolge den Standpunkt, daß der Untersuchungsausschuss rechtlich unzulässig sei. Bedinglich aus tatsächlichen Gründen wolle die bayerische Staatsregierung die Begründung dieser Anschauung zunächst noch nicht vorlegen, weil sie noch nicht wisse, ob überhaupt von der anderen Seite an sie heranzutreten werde und weil sie die Begründung der anderen Seite noch nicht kenne.

Der Vorsitzende fasste das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, die große Mehrheit des Ausschusses stehe auf dem Standpunkt, daß durch den Beschluß des Reichstagsauschusses die Rechte der bayerischen Landesregierung und die Rechte des bayerischen Landtages aufs schwerste gefährdet seien. Was die Rechtsfrage angehe, so habe der Beschluß des Reichstagsauschusses in der bayerischen Verfassung keine Grundlage. In politischer Hinsicht sollte das Reich es mehr denn je vermeiden, irgend welchen Konflikt mit den Ländern heraufzubeschwören.

Die Haltung des Reichsjustizministeriums.

II. Berlin, 24. November. (Drahtbericht.) Zu den Meldungen aus München über die Erklärungen des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld im Haushaltsauschuss des bayerischen Landtages erzählt die Telegraphen-Union aus dem Reichsjustizministerium: Das Reichsjustizministerium hat sich bis jetzt mit der Angelegenheit noch nicht befaßt, vielmehr beruht die Entsendung des Untersuchungsausschusses nach Bayern ausschließlich auf einem Beschluß des Reichstagsauschusses, ohne daß das Reichsjustizministerium hierbei in irgend einer Form mitgewirkt hat. Eine Stellungnahme des Reichsjustizministeriums zu der Konfliktfrage ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Auffassung des Reichsjustizministeriums kann daher noch nicht mitgeteilt werden.

Preußens Kampf gegen den Wucher.

I. Berlin, 24. Nov. Der preußische Minister des Innern Seering hat an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin einen Erlaß gerichtet, in dem er es als Pflicht der Polizei bezeichnet, der weiteren wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung entgegenzutreten und die schamlosen Wucherer und Schieber aus den Kreisen der realen Erzeuger und Händler zu entfernen. Der Erlaß regelt die Art, in der die Beamten der Schutzpolizei zur Wucherbekämpfung herangezogen werden sollen. Bei Ermittlungen in Ladengeschäften sollen die Beamten möglichst unauffällig auftreten, dabei aber mit der notwendigen Geschäftsdiskretion durch berufene Kräfte unter Betanzelung von Vertrauensleuten aus den Kreisen des realen Handels erfolgen. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittlungen nicht nur gegen diese, sondern auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu erstrecken. Bei den Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Ware in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In diesen Fällen sind die etwa noch im Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen. Die Wucherbekämpfung soll auch in den Kleinhändlern und auf dem Lande durchgeführt werden. Andererseits ist allen Arten von Selbsthilfe der Verbraucher und gegebenenfalls allen Plünderungen von Geschäftsstellen schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten.

Kabinett und Tonerung.

I. Berlin, 23. Nov. Nach der „Vossischen Zeitung“ dürfte sich das Reichskabinett heute nachmittag mit der Frage der Bekämpfung der Preisstrebereien beschäftigen. Unter den Vorschlägen, die von den beteiligten Ressorts gemacht wurden, befindet sich auch der, Richtpreise für lebensnotwendige Bedarfsartikel aufzustellen.

Keine neuen Plünderungen.

I. Berlin, 23. Nov. Infolge des Verbotes von Umzügen und Verjämmerungen unter freiem Himmel haben sich heute keine weiteren Plünderungen in Berlin ereignet.

Ein Betriebsräte-Kongress gefordert.

II. Berlin, 24. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß unsere Vintersabstalten planen, sich in den Besitz der politischen Vormachtstellung zu

setzen. Von den Plünderungen der Berliner Geschäfte durch Arbeitslose und der Haltung der kommunistischen Landtagsabgeordneten ausgehend, kann man wohl mit Recht von in die Augen fallenden Zeichen sprechen. Ein neuer Versuch, die bestehende Regierung ins Wanken zu bringen, wurde gestern dadurch eingeleitet, daß es ihnen gelang, die zur Zeit in Berlin weilenden Arbeiterdelegationen, die mit dem Reichsjustizminister über die von den Sondergerichten verurteilten Arbeiter konferieren, zu veranlassen, demnächst einen großen Betriebsräte-Kongress nach Berlin einzuuberufen, der der Regierung den Willen der Arbeiterschaft vortragen und mit aller Schärfe aufzutreten soll. Nach den üblichen Tumulten in einer gestrigen Versammlung dieser Delegation, an der auch Vertreter der drei sozialistischen Parteien teilnahmen, gelang es den kommunistischen Drahtziehern, folgende Entschlüsse zur Annahme zu bringen: Die Konferenz fordert den deutschen Gewerkschaftsbund und die auf, innerhalb 14 Tagen einen deutschen Betriebsräte-Kongress nach Berlin einzuuberufen. Der Kongress muß sich mit folgenden Punkten befassen:

- a) Amnestie für die politischen Gefangenen.
- b) Durchführung der Forderungen des A.D.G.B. und der U.S.R., also vor allem Abwälzung der Steuerlasten auf die Besitzenden und Erbschaften.
- c) Sicherstellung der Volksernährung durch Übertragung der Lebensmittelverteilung an die Betriebsräte, Organisation der Lebensmittelproduktion durch Organe der Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen.

Gerade in dem letzten Punkt beanspruchen also die Kommunisten die wichtigsten Befugnisse des Staatslebens für sich, und man darf gespannt sein, ob die Regierung W. rth die geeigneten Vorbereitungen treffen wird, um ein gefährliches Aufblähen der zweifellos vorhandenen und von den Kommunisten mit allen Mitteln gesuchten Gefährde zu verhindern.

Die neue kommunistische Körpererschaft.

f. Berlin, 24. Nov. Zu den Meldungen der „Roten Fahne“ über die Bildung einer Körpererschaft aus den in Berlin angewandten Arbeiterdelegationen aus dem Reich, erzählt der Bismarck, daß es sich hierbei um eine kommunistische Groteste handelt. Der Führer dieser neuesten Körpererschaft sei ein konjunkturaler Kommunist namens Wallstab aus Stojfurt. Die Mehrheitssozialdemokraten und die allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hatten es abgelehnt, mit der Körpererschaft in Verbindung zu treten. Einer von ihr zu einer Sitzung des allgemeinen Gewerkschaftsbundes und der beiden sozialdemokratischen Parteien entstandenen Delegation wurde der Zutritt verweigert.

Stinnes' Reise

ee. Paris, 23. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ schreibt heute abend, das Motiv der Reise Hugo Stinnes nach London sei, die letzten Vorbereitungen für eine Aktion zu treffen, die in Berlin eingeleitet werden sei und durch die Deutschland die nötigen Kredite durch ein englisches Bankkonsortium gesichert würden. Die deutschen Industriellen würden durch kurz besetzte Abmachungen Devisen erhalten, die sie der deutschen Regierung anbieten würden, damit diese in der Lage sei, die Zahlungen an die Alliierten zu leisten. Parallel mit dieser Aktion gehe die Mission des Staatssekretärs Bergmann in Washington, die einen Plan, der dem von Stinnes ähnlich sei, anstrebe, aber mit dem Unterschied, daß die Aktien und Devisen, die von den deutschen Industriellen übergeben werden, von Amerika an Zahlungsstatt angenommen werden würden. Sollte das Unternehmen Stinnes keinen Erfolg haben, würde der Reichstag sofort zusammenberufen und aufgelöst werden, und Neuwahlen müßten stattfinden.

Schamer bei Curzon.

III. London, 23. November. Lord Curzon empfing heute nachmittag den deutschen Botschafter Schamer im Foreign Office.

Die britische Industrie und die Reparationen.

III. London, 23. Nov. In einer Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes der britischen Industriellen heißt es über die Frage der deutschen Reparationen, daß der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt unbrauchbar sei, und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgend eine Entschädigung von Deutschland zu erlangen. Die britischen Industriellen können vollkommen darin überein, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Fähigkeit zahlen soll. Sie seien jedoch der Ansicht, daß, um der englischen Industrie den geringstmöglichen Schaden zuzufügen, die alliierten Regierungen Vereinbarungen suchen sollten, die Bedingungen in veränderter Richtung abzuändern, und wenn möglich sogar bereit sein sollten unter Berücksichtigung der Abänderungen Deutschland die Lasten zu erleichtern, die ihm auferlegt wurden. Am Schluß der Denkschrift heißt es: Wir haben es für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift unsere Vorschläge eingehend darzulegen. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, die Vorschläge in ernste Erwägung zu ziehen.

Ein amerikanischer Rohstoffkredit.

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie der Berliner Korrespondent des „Intransigent“ erfahren haben will, haben die Verhandlungen des früheren Staatssekretärs Bergmann in New York zu dem Ergebnis geführt, daß Amerika eine Anleihe von 20 Millionen Dollar Deutschland zur Verfügung stellt, die für den Ankauf von Rohstoffen für die deutsche Industrie Verwendung finden sollen.

Über Frankreich.

III. Paris, 23. Nov. Der französische Handelskammertag, der seit Samstag in Paris versammelt ist, hat in einer Entschlußnahme sich auch mit der Finanzlage Deutschlands beschäftigt und zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich die strikte Ausführung des Friedensvertrages von Versailles angeht die Finanzlasten Frankreichs verlangen müsse. Man müsse sofort die Kontrolle über die Steuern und die Eisenbahntarife fordern, die stets in Golddollars oder nach einem Kurse berechnet werden müßten, der dem in Frankreich, England und Italien gleichkomme.

Die Konferenz in Washington.

Französischer Illusionismus.

Dr. A. Genf, 23. November. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Washingtoner Berichterstatter der Pariser Presse können sich nicht genug tun in der Feststellung des großen Erfolges, den Briand mit seiner Rede in Washington davongetragen habe. Die Blätter sprechen übereinstimmend von einem historischen Ereignis, dessen Bedeutung darin bestehe, daß Frankreich abermals die ganze zivilisierte Welt um sich vereinigt habe. „Heute abend“, heißt es in dem Bericht des „Matin“, „gibt es nur eine Meinung in Washington. Frankreich hat den Blut der Alliierten wieder hergestellt. Frankreich ist der Schutzwart der Welt.“ Das gleiche Blatt gibt eine Aeußerung von Elthu Rood wieder, Briand habe in diesen Tagen das schönste Vertrauensvotum seines ganzen politischen Lebens erhalten, nämlich das einmütige Vertrauen der Völker, die während des Krieges verbündet waren und es auch während des Friedens bleiben wollten. Mit besonderer Befriedigung verzeichnet man in Paris die Aeußerungen, mit denen Balfour auf die Rede Briands antwortete und nicht ihnen eine große politische Bedeutung bei. Die Berichterstatter versichern, daß Balfour, der sonst kaum aus seiner nüchternen Sachlichkeit herauszubringen sei, von der Rede des französischen Ministerpräsidenten ganz gerührt war und daß er seine Bewegung kaum verbergen konnte. Der Vertreter des „Zeit Parisien“ will in diesem Zusammenhang erfahren haben, daß das Eingreifen Balfours auf die vorhergehenden Verhandlungen zurückzuführen sei, die zwischen Briand einerseits und Balfour und dem englischen Botschafter Geddes andererseits in den letzten Tagen stattgefunden hätten und bei denen Briand die politische Lage Europas in einer Rede auseinandergesetzt, durch welche die beiden Engländer vollkommen überzeugt worden seien.

In ihren redaktionellen Aeußerungen sind die Blätter natürlich für Briand des Lobes voll, und selbst seine erbittertesten Feinde auf der äußersten Rechten müssen zugeben, daß sie es nicht hätten besser machen können. So stellt zum Beispiel „Action Française“ fest, daß die Rede Briands nichts anderes gewesen sei als eine Anleihe bei den Aeußerungen Poincarés, Leon Daudet, Lefebvre und der übrigen Wortführer des französischen Chauvinismus. Der „Gaulois“ zeigt sich zurückhaltender und verlangt, daß man nun Frankreich volle Handlungsfreiheit gebe. Endlich meint der „Eclair“, daß der einzige Schutz Frankreichs in seiner Armeeliege, da die Hilfe überseeischer Staaten zu spät eintreffen könnte. „Figaro“ nennt die Rede einen furchtbaren Marmort, der in der ganzen Welt ein Echo finden werde. Der „Temps“ stützt sich auf die Aeußerungen der „Times“, um abermals die Behauptung aufzustellen, daß die deutschen Militärbehörden den Rebanchekrieg vorbereiten. Diese Vorbereitungen müßten sich eines Tages selbst entladen, und darum bestehe das einzige Mittel zur Erhaltung des Friedens darin, daß Deutschland durch die einige Front der Alliierten zu einer friedlichen und freibeitlichen Entwicklung gezwungen werde. In der gesamten Presse gibt es nur sozialistische und kommunistische Blätter, die das Auftreten Briands mit offenen Worten zu kennzeichnen wagen. „Alle Redekunst Briands“, so schreibt der „Populaire“, „wird nicht darüber hinwegtäuschen können, daß Frankreich in der Gesellschaft der Völker eine Rolle spielt, durch die es seine ganze frühere Geschichte verleugnet und seine Zukunft schwer gefährdet. Wir sind heute das Volk, durch das die Welt gewalttätig in den Abgrund gedrängt wird und das sich weigert, dem Fortschritt, dem Frieden und der politischen Befreiung der Völker Zugeständnisse zu machen.“

Dr. A. Genf, 23. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ auf der Washingtoner Konferenz schreibt: Die Rede Briands sei eine Aufreizung aller Nachbarn Frankreichs gewesen, die Rüstungen so schnell wie möglich zu vermehren. Die Rede sei eingegeben von Rache und Haß gegen Deutschland. In einem Leitartikel schreibt „Manchester Guardian“, wenn Deutschland entworfen und bankrott sei, werde es für Frankreich immer noch ein Abdruck sein, weil Frankreich Deutschland nicht verstände und nicht einmal versucht habe, eine moralische Abrüstung zustande zu bringen.

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Zu der Rede Briands wird noch aus Washington gemeldet: In seiner Rede vor dem Plenum der Konferenz verfolgte Briand dieselbe Taktik, die er schon in seinen privaten Kundgebungen eingenommen hatte. Bei dem von ihm aufgestellten Satz, daß Frankreichs Sicherheit nicht verbürgt sei, solange Deutschland moralisch nicht abgerüstet habe, konnte er sich auf Aussagen von Alldeutschen, namentlich auf Aeußerungen Ludendorffs berufen, die er wörtlich zitierte, um nachzuweisen, daß dieser wünschenswerte Zustand noch nicht erreicht sei. Da er mit Zitaten aus Kundgebungen und Veröffentlichungen deutscher Politiker aufwarten konnte, so machte seine Rede einen ziemlich großen Eindruck. Allerdings wurde die im zweiten Teil der Rede vorgebrachte Behauptung, daß in Deutschland jederzeit die Aufrüstung eines 6 Millionen-Heeres möglich sei. Er erkannte auch hier an, daß die deutsche Regierung unter dem Reichskanzler Dr. Brüning sich loyal verhalte, aber er schickte voraus, daß diese Regierung jederzeit gestürzt werden könne. Dann würde ein Aufrüstungsprogramm, sei es von den Bolschewisten aus, die unausbleibliche Folge sein. Gegen all das müsse Frankreich in Bereitschaft bleiben.

Frankreichs Flottenprogramm.

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Wie offiziell verlautet, forderte die französische Abordnung für die Flottenstärke Frankreichs das Marineministerium vom Jahre 1912, dessen Durchführung durch den Krieg unterbrochen worden war. Frankreich

Theater und Kunst.

Berliner Theaterbrief.

Hochs trieb. Trotzdem die Weihnachtspremieren noch nicht einmal vorbereitet sind, herrscht ein Hochbetrieb, hinter dem der, der die Erst- und Aufführungen ernsthaft verfolgen will, kaum hinterher kommt. Abend für Abend Premiere, und dazu die großen Filmpremieren, die ja nun auch allmählich so wichtig werden wie die Theateraufführungen. Das „Deutsche Theater“ schob zum Vorkampftag Strindbergs „König Lear“ ein. Karlheinz Martin, der sonst das Große Schauspielhaus regiert, konnte hier wieder einmal Nuancen spielen treiben. Er tat es mit schillernder Liebe und schönem Erfolge. Ein Ensemble, das sich bei Hollaender langsam zu konsolidieren scheint, folgte ihm willig und ging in dies seltsam grelle Spiel vom Alltagsleid und Erlösung von diesem Alltagsleid auf Emilia Unda erpielte sich als Mutter ihren ersten Berliner Erfolg; sie wird künftig wissen, daß sie ihre Stärke im „alten Faß“ hat. Und Eugen Klopfer als Udoquiff bewies von neuem daß er ein gutes Erbe groß verwalteten kann.

Nachdem schon Hermann Bahr Aufrechterung gefeiert hat, ist nun endlich auch Schnitzler — nicht der Reigen-Schnitzler, sondern der spätere Schnitzler — von den Toten erstanden. Es liegt nur wenig Staub auf dem Weiten Land, das die vielgelesenen Rotters neu herausbrachten. Ein kluger Mann, dieser Wiener Arzt. Ein Relativist, gewiß. Aber man hört nach dem vielen absoluten Geschrei der Künstlerin doch einen Relativisten gern, weil seine Welt-Auflösung doch etwas mehr Leben hat als die Deklamationen von den „Sei Mensch“-Dramatistern. Arnold Korff allein war dieser Art gewachsen, während die Triest, die wir vor kurzem noch so unnergehtlich in Strindbergs „Totentanz“ sahen, völlig versagte: sie kann keine Wienerin, kann keine charmante Frau sein. Um diese beiden herum mit der Vertens, Schrotz, Klein, der Weidner manches Gute.

Einem neuen Shakespeare gibts' im Staatstheater, Zehn er brachte „Othello“. Fast deklamationslos, was, bis auf den Schluß, gelang. Othello war Korzner, dem man nach dieser Leistung — er war leise, innig ein lieber vertrauender Primitiver — mancherlei abtöten muß, was man ihm nach der Gleichförmigkeit von Gehler, Marquis von Reith und Richard dem Dritten zu sagen gezwungen war. Die Hofer neben ihm, wie leider nun schon lange, monoton. Dagegen Steinhilber als Jago von prächt-

müsse mindestens jene Flottenstärke verlangen, die es im Jahre 1914 besaß. Was die großen modernen Schiffe anbetrifft, so sei Frankreich bereit, im Sinne des Programms von Staatssekretär Hughes mehr Zugeständnisse zu machen. Frankreich wüßte vor allem, eine Flotte zu Verteidigungszwecken zu besitzen und es müßten ihm deshalb so viele Tauchboote und leichte Kreuzer zugestanden werden, wie es zur Verteidigung seiner Küste benötigt.

Die Landabrüstung erledigt.

Dr. A. Genf, 23. Nov. Die Blätter melden aus Washington: Von vielen Seiten werde die Ansicht ausgesprochen, daß die Frage der Rüstungen zu Lande endgültig erledigt sei, und zwar infolge der Rede Briands, in der man den Beweis dafür sehe, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen irgend eine Neuregelung der Frage der Landstreitkräfte unmöglich sei.

Dr. A. Genf, 23. Nov. Wie dem „Temps“ aus Washington gemeldet wird, hat die Kommission der Fünf auf Verlangen Briands die Frage der Entwaffnung zu Lande auf die Tagesordnung zum heutigen Mittwochs gesetzt, um sie vor Briands Abreise zu erledigen. Briand wird Washington am Donnerstag vormittag verlassen.

Die Abreise der Franzosen.

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Neutermeldung aus Washington wird zugleich mit Briand auch Bertelot, General Guat und der Finanzachverständige Chaiffon nach Paris zurückkehren. Die Marinemachverständigen unter Führung von Admiral Bon verbleiben vorläufig noch in Washington.

An unsere Leser!

Die unterzeichneten Karlsruher Zeitungsverlage geben hiermit bekannt, daß auch sie infolge der bekannten Steuerungsverhältnisse genötigt sind, eine Erhöhung ihres Bezugspreises ab 1. Dezember 1921 eintreten zu lassen. Die verehrlichen Leser werden gebeten, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen.

Verlag des Badischen Beobachters
Verlag der Badischen Landeszeitung
Verlag der Badischen Presse
Verlag des Karlsruher Tagblattes
Verlag des Volksfreunds.

Kommissionsberatungen.

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Liberie“ aus Washington beschäftigte sich das Fünfer-Komitee mit der Anwendung von giftigen Gasen sowie der Bekämpfung durch Flugzeuge. Auch die zweite Kommission, die sich aus den auf der Washingtoner Konferenz vertretenen neun Mächten zusammensetzt, hat eine Sitzung abgehalten. Diese galt hauptsächlich der Frage von Schantung, die man vor dem Abreise Briands unter Dach und Fach gebracht sehen möchte.

In den Delegiertentreffen erklärte man übereinstimmend, daß die Frage der Flotten und Landheere und die ostasiatische Frage gute Fortschritte machten. Es sei keine Ueberraschung mehr zu befürchten, Briand und sein Stab könnten sich auf die Heimreise begeben. Das Programm werde in großen Umfassen erledigt. Einzelheiten sollen dann auf einer neuen Konferenz im nächsten Jahre geregelt werden.

Zusammentritt des Obersten Rates?

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Drahtbericht.) Unter allem Vorbehalt sei folgende Meldung der Chicago Tribune wiedergegeben: Der Oberste Rat der Alliierten wird sich in der zweiten Woche des Januar n. J. ver sammeln, um das Problem des fernem Ostens zu erörtern und ein Abkommen wegen der Aufteilung der ersten Milliarde herbeizuführen. Die englische Regierung hat der französischen offiziell bekannt gegeben, daß sie geneigt sei, das Abkommen von Wiesbaden anzuerkennen, wenn sich Frankreich bereit erkläre, der Entscheidung vom 13. August 1921 zuzustimmen, bezuzulassen England 450 Millionen Goldmark von der ersten Goldmilliarde erhalte. Die „Chicago Tribune“ erklärt, daß sich diese Milliarde in den Banken zu Paris, Amsterdam, London und New York befinde. Sie soll aufgeteilt werden, sobald ein Einvernehmen zwischen den Alliierten getroffen sei. England fordert diese 450 Millionen bekanntlich zur Deckung seiner Besatzungskosten.

Die inneren Kämpfe in Polen.

Dr. A. Genf, 23. Nov. (Drahtbericht.) Auch nach der Sejm-Abstimmung über die Wilmnafrage löst der Parteistreit und die Pressepolemik heftig weiter und zieht die Regierungstrage in ihre Kreise. Nur der Einfluß Pilsudskis hat die schwache Regierungsmehrheit von

voller Buntheit Die ganze Vorstellung außerordentlich konzentriert Die „Passion“ von Paul Claudel zeigt sich als Wert eines Anfängers, und eines die Wirkungen der Bühne nicht richtig abschätzenden Anfängers, dennoch aber unerleubar getragen von dichterisch empfundenen, wenn auch nicht geformter Problemstellung. Passion — das ist der leidenschaftlich liebende und leidende Mensch, und wie es unserer Zeit liegt, der junge, der werdende Mensch, der über sich, seine Umgebung, ja über seine Liebe zum Weibe hinaus zum Menschentum selbst strebt. Thomas glaubt, den Menschen in dem Baganten zu erkennen, der mit Lüge und Verrat in sein Haus einbricht. Thomas verläßt keine Familie, seine Braut, die der andere angenommen und weggenommen hat. Er folgt ihm durch alle Niederung, aus Zweifel und Qual sich immer wieder zum Glauben an ihn rettend. Er sieht durch die dunkle, trübe Form das Ewige, Göttliche-Menschliche. Rein und reflexlos allerdings erst im Augenblick, da er selbst eingibt zu Gott. Das Neue Volkstheater hat das Experiment gewagt, dieses mehr andeutende als deutende Stück auf die Bühne zu bringen. Die Aufführung war gut. Achah gab dem Thomas das zarte Leib und die erstatische Inbrunn. Dem Landstreicher wurde Thle mehr nach der Seite betäubender Rhetorik, weniger nach der Seite der hinreißenden Beldräng gerecht.

Spulezwirnen. Im Frankfurter Opernhaus gelangte vor wenigen Tagen ein Märchenpiel in fünf Bildern zur Aufführung, deren Verfasserin die Gattin des Karlsruher Intendanten, Frau Trude Volkner, ist. „Spulezwirnen“, das Sonntagsgstück, so heißt das Stück, errang bei Groß und Klein großen Erfolg. Wir lesen darüber in der Frankf. Ztg.: „Recht frühzeitig hat man in diesem Jahr begonnen, den Frankfurter Kindern ihre pflichtgemäße Theater-Christenabgabe zu überreichen; Fast ist's ob man ungeduldig geworden wäre und ihnen so viel des Schönen, so viel Freude nicht länger mehr hätte vorenthalten können. Es ist aber auch gar so märchenhaftig, so ungläublich phantastisch, was Trude Volkner ihr tapferes Schneiderlein Spulezwirnen zusammenträumen läßt. Die Märchentante Volkner hat wirklich den Blick dafür, was die Kleinen erfreut und was auch den schon ganz Großen immer noch mehr sein wird als eine lästige „Begleit“-Erzählung: sie macht kein Apolothenstück mit prologem Geklirr und lautem Geklingel, sie erzählt in aller einfachen Natürlichkeit nur ein Märchen. Und das Natürliche ist immer noch das Allerbeste. Das zeigte auch der Jubel, der die Verfasserin unzählige Male vor dem Vorhang rief.“ Die „Frankf. Nachr.“ schreiben: „... Wir lassen

13 Stimmen zustande gebracht, die allgemein als ungenügend für das weitere Verbleiben Bonifomstis im Amt angesehen wird, um so mehr als gerade die Stimmen der jüdischen Fraktion für die Regierung den Ausschlag gegeben haben. Somit scheint abermals eine Regierungskrise in der Luft. Pilsudski hingegen fühlt sich als Sieger. Er ist in das strittige Gebiet gerückt und hat in Lida in einer Rede im Offiziersklub erklärt, er habe sein 1919 gegebenes Versprechen gehalten: Als Sohn der Wilmnaerde habe er selber mit dem Schwerte seine Stimme abgegeben; er sei auch jetzt bereit, die Entscheidung der Bevölkerung abermals mit Waffengewalt zu verteidigen.

Wie aus Wilmna gemeldet wird, verläßt General Jeligowski Ende November das Wilmnagebiet; er wird nach Thorn verkehrt. Sein Nachfolger ist Meyhonia. Der tatsächliche Inspirator der Politik im Wilmnagebiet bleibt aber nach wie vor der Vertrauensmann Pilsudskis, Hauptmann Bryfow.

O. E. Warshaw, 22. Nov. (Drahtbericht.) Die Abstimmung im Sejm über die Wilmnafrage, bei welcher die knappe Regierungsmehrheit von 13 Stimmen durch die Stimmen der jüdischen Gruppe aufzuhalten ist, scheint eine neue Phase in der jüdischen Frage in Polen einzuleiten. Wie es sich erweist, ist der Abstimmung eine Konferenz der jüdischen Delegierten mit dem Ministerpräsidenten vorangegangen, in der die Regierung bestimmte Zusagen in der jüdischen Frage gemacht hat. Wie verlautet, hat Bonifomst die A-bkehr vom antijemischen Kurs und Verwaltungsmäßignahmen zugunsten der jüdischen Bevölkerung in Aussicht gestellt. Der jüdische „Kurz“ führt hierzu aus, die Regierung sei auch in Zukunft an der Haltung der jüdischen Gruppen stark interessiert, da schon eine Wahlenthaltung der zahlreichen jüdischen Bevölkerung im Wilmnagebiet den politischen Anstiegsrängen sehr nachteilig sei und, nach sicheren Informationen, selbst die Stellung der Entente in der Wilmnafrage zu Ungunsten Polens beeinflussen könnte. Trotzdem haben die Nationaldemokraten eine Interpellation über die von der Regierung an die jüdischen Deputierten gemachten Zugeständnisse eingebracht.

Die irische Frage.

Dr. A. Genf, 23. Nov. Die Sinnfeindvertreter traten heute mit Lloyd George und anderen Ministern in der Downingstreet zu einer Besprechung zusammen. Sie verhandelten über die neue Lage, die infolge der Haltung Ulsters entstanden ist.

Dr. A. Genf, 23. November. Lloyd George hat Craig gebeten, am Freitag mit ihm zusammenzukommen.

Flugverkehr Deutschland-Spanien-Argentinien.

Dr. A. Genf, 23. Nov. Der Direktor der Deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft Dr. Hugo Eckener, der im vergangenen Sommer eine mehrmonatige Studienreise nach Spanien und Argentinien unternommen hatte und vor kurzem nach Friedrichshafen zurückgekehrt ist, hat die Auslichten auf das Zustandekommen eines Unternehmens für die Luftschiffahrtsverbindung zwischen Spanien und Argentinien als sehr gut bezeichnet, da auf spanischer Seite ein großes Interesse für eine derartige Verbindung vorhanden ist, und die kapitalträchtigen Kreise die erforderlichen Kapitalien aufbringen wollen. Direktor Eckener, selbst ein erfahrener Luftfahrer, hält Spanien als Ausgangspunkt für die geplante Luftschiffahrtsverbindung als hervorragend geeignet. Die Meeresslänge von 10 000 Kilometer Länge bei Buenos Aires ist nach seiner Ansicht für die Luftschiffahrt sehr geeignet, weil durch den Nordost- und Südost-Passat gleichmäßige Wind- und Wasserverhältnisse bedingt sind.

Die Strecke könnte von modernen Schiffen in etwa 90 Stunden zurückgelegt werden. Die Rückfahrt, die durch die Passate etwas behindert würde, in etwa 100 Stunden. Für den Betrieb würden Luftschiffe von etwa 150 Kubikmeter Rauminhalt in Frage kommen, die eine Geschwindigkeit von 115 Kilometer in der Stunde haben würden. Die Technik und äußerliche Steigerung dieser Geschwindigkeit würden sicher Luftschiffe von größerem Ausmaß bedingen, wovon jedoch aus Zweckmäßigkeitsgründen vorläufig noch Abstand genommen werden soll. Die Schiffe würden zunächst mit Einrichtungen für 30 bis 40 Passagiere ausgestattet sein, und im übrigen Wertpapieren befördern, die einen höheren Tarif ertragen. Da sich mit Zepellinluftschiffen die Fahrt nach Südamerika um ein Viertel bis ein Fünftel abkürzen würde, so würde mit einer guten Rentabilität des Unternehmens, falls es zustande kommt, gerechnet werden dürfen. Das Unternehmen müßte ein rein spanisches sein, weil die Auslegung des Berliner Vertrages seitens der Entente Deutschland dem Bau und den Betrieb großer transozeanischer Luftschiffe nicht gestatten würde.

Vanflavin-Pastillen

(Gel. geschützt)
zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle
besonders bei
Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Keuchhusten
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

ums von der Gattin des früheren Frankfurter Intendanten, die dem heute maßgeblichen jüngeren Theaterbesuchern noch mit „Gans und Diebes Weihnachtsreise“ in bester Erinnerung ist, den Hippograppen zum Ritt in's alte romantische Land latein, wo auch die Märchen blühen. ... Es ist ein gehaltvolles Spiel und ist besetzt mit Allegorien und Symbolen. Dafür wachsen aus den einfachen Linien der Handlung, die dem kindlichen Verständnis trefflich angepaßt ist, in sinnfälliger Begrifflichkeit, die drei Gesellen des Schneidertins, des Mädels und des Schneemanns hervor, und es folgt vor allem nicht an Humor. In erzieherlichem Gegensatz zu diesen dramatischen Märchen wird hier den Kindern kein Konditorladen voll poetischer Süßigkeiten und sentimentalem Krams geboten, sondern eine schlichte Fabel, gesunde Phantasie und eine Natürlichkeit, die sich künstlerisch mit der Fabel des Märchens deckt. Die Kritik hat leichtes Spiel mit Spulezwirnen: sie braucht lediglich zu konstatieren, daß hier ein echtes Märchen unter dem Jubel der Kinder lebendige Gestalt angenommen und sie hat die beste Formel für das kritische Werturteil der Novität gefunden.“

Aufführungen am Nationaltheater in Mannheim. Als nächste Aufführungen sind in Aussicht genommen: „J. v. d. Goltz: „Raten und Söhne“, Schauspiel; Ludwig Fuldas Lustspiel „Des Feies Schatzen“ und ein neues Werk von Hermann Burte.

Gerhart Hauptmann in Prag. In feierlicher Weise fand Samstag vormittag die Promotion Gerhart Hauptmanns zum Ehren doktor der Philosophie der deutschen Universität statt. Der Dekan der philosophischen Fakultät, Prof. Oskar Kraus, hob hervor, daß der Befehl der philosophischen Fakultät, Hauptmann das Ehrendoktorat zu verleihen, seine Rechtfertigung in sich selbst trage.

Eine allgemeine deutsche Theaterpenkionskasse. Ein Projekt, das schon seit langem die Genossenchaft deutscher Bühnengemäuerter und den Deutschen Bühnenverein beschäftigt, soll bald Wirklichkeit werden. Es wird beabsichtigt, eine allgemeine deutsche Theaterpenkionskasse zu gründen, die den gealterten Schauspielern in der schwierigen Zeit der Gegenwart vor den größten Gefahren des Alterslebens schützen soll. Es wird nämlich beabsichtigt, daß für jedes Theaterbillet ein Zuschlag von 10 bzw. 20 Pfg. vom Publikum erhoben werden soll. Wenn nun dieses Geld 4 Jahre angesammelt würde, so ergibt sich nach Ablauf dieser Zeit mit Zins und Zinseszins eine Summe von mindestens 12 Millionen Mark bzw. 24 Millionen Mark. Diese angesammelten 12 Millionen Mark könnten als Reservefonds festgelegt werden, der der ganzen Theaterpenkionskasse zum Fundament dienen soll.

Badische Chronik der Badischen Presse.

Donnerstag 24. November 1921.

Die neue Besoldungsordnung.

Am Samstag hatte die Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsverbands Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in einer Versammlung zu der neuen Besoldungsordnung, sowie zu der Frage der Entlastung der Verkehrsbetriebe Stellung genommen. Zu beiden Punkten hatte der 2. Vorsitzende der Bezirkspostgewerkschaft Waldeler das Referat übernommen. Das Ergebnis der neuen Besoldungsordnung könne die unteren Besoldungsgruppen keineswegs befriedigen. Es wurde folgende Entschliessung angenommen und an die Gewerkschaftsleitung sowie den Deutschen Beamtenbund abgeleitet:

„Die am 19. November in der „Banaria“ in Karlsruhe versammelten Mitglieder des Reichsverbands Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Ortsgruppe Karlsruhe, erheben schärfsten Protest gegen das neue Besoldungssystem.“

Die nach dem neuen Besoldungsgesetz erfolgte Regelung der Besoldung der Gehaltsgruppen I-VI hat keineswegs eine wesentliche wirtschaftliche Besserstellung gebracht, die im Verhältnis zu der heutigen wirtschaftlichen Lage steht. Eine solche Regelung war nur möglich, durch das Verhalten der Regierung, die bis zur Stunde noch kein Verständnis für die überaus traurige Lage der Besoldungsgruppen I-VI gezeigt hat.

Nur vom ausgesprochensten Klassenstandpunkt aus sind Unterliebe, wie sie zwischen Gehaltsgruppe I mit 7500 und Gruppe XIII mit 80 000 Mark bestehen, möglich.

Die Verammlung verlangt sowohl von der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten als auch vom D. B. V., daß sie umgehend in Verhandlungen mit der Regierung eintreten und alles bezugnehmend, um folgende Forderungen durchzuführen:

1. den unteren Besoldungsgruppen ist ein Mindesteinkommen zu sichern;
 2. von Monat zu Monat sind die Bezüge der Beamtenhaft an die wirtschaftlichen Verhältnisse automatisch anzupassen;
 3. zur Festsetzung dieser monatlichen Gehaltsätze der Beamten sind die Beamtenvertretungen zuzuziehen.
- Weiter verlangt die Versammlung, daß die Zentralleitung des D. B. V. endlich durch Presseartikel dem Treiben der oberen Beamten, das dahin geht, die Allgemeinheit dadurch irre zu führen, daß fast in allen Tageszeitungen Artikel erscheinen, die über die großen prozentualen Gehaltsaufbesserungen der unteren Besoldungsgruppen gegenüber den oberen Gruppen sprechen.

Sehr scharf sprach sich die Versammlung auch gegen die Entlastung der Verkehrsbetriebe aus. In einer Entschliessung kam zum Ausdruck, daß die Versammlung von der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten verlangen, falls die Eisenbahner zum Erreichen des letzten gewerkschaftlichen Mittels gezwungen werden sollten, sich mit den Eisenbahnern solidarisch zu erklären.

Zur Beamtenbesoldungsregelung nahm der Bezirkslehrer in Mannheim eine Entschliessung an, in der u. a. zum Ausdruck kommt, daß die Regelung nicht befriedigend sei, weil sie das Existenzminimum der unteren Beamten nicht wahre. Eine sofort einzuleitende neue Gehaltsbewegung habe auf die Festsetzung eines Existenzminimums zu drängen und auf eine Reduzierung der 5 Ortsklassen auf 3 hinzuwirken. Die Einführung der gleitenden Gehaltskala sei zu verlangen.

Behinderung des Auslaufs durch Ausländer.

In der letzten Plenarsitzung des Landtags wurde eine demokratische Anfrage wegen des Ausverkaufs durch Ausländer von dem Vertreter des Ministeriums des Innern u. a. folgendermaßen beantwortet:

Das Ministerium des Innern pflog mit dem Beauftragten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung und dem Landesfinanzamt Verhandlungen zur Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeit, in deren Verlauf der Beauftragte des Reichskommissars am 7. Oktober alle erteilten Sammelausfuhrbewilligungen und die Bewilligung der Zollstellen, die Ausfuhr gewisser Waren ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen, unter dem 9. Okt. widerrufen. Unter dem 18. Oktober erfolgte die Sperre der Grenze auch für Textilwaren. Um den Begriff Gegenstände des täglichen Bedarfs fest zu umgrenzen und eine Ausgestaltung der Sperre zu erreichen, bereiten vom 27. bis 29. Oktober der Beauftragte des Reichskommissars, ein Vertreter des Ministeriums des Innern und des Landesfinanzamtes die Städte Bruchsal, Waldshut und Konstanz. Auf Grund der Verhandlungen mit diesen Städten wurde vereinbart, die zur Ausfuhr freigegebenen Waren mit einem Frankenausschlag zu belegen, mit dem ein Teil der Milchfrankenschulden der badischen Grenzstädte abgetragen werden sollte. Am 8. Nov. hatte die Stadt Konstanz um sich aus einem Ausschlag von 3 Franken für 100 Mark Verkaufswert erhoben, weswegen am 11. Nov. die vollständige Grenzsperrung verhängt wurde. Nach der jetzt geltenden Regelung der Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr ist zur Ausfuhr aller Gegenstände des täglichen Bedarfs, Lebens- und Genussmittel, sowie Textilwaren eine Sonderbewilligung notwendig. Bei Sonderbewilligung muß die Ausfuhrware von einem Verkaufsmittel begleitet sein, aus dem der Verkaufspreis und der Ausfuhrzuschlag getrennt zu sehen ist. Der Ausfuhrzuschlag beträgt 3 Franken und bei Spielwaren einschließlich Christbaumskmud 2 Franken auf je 100 M des Verkaufspreises. Diese Regelung betrifft nur die Verhältnisse an der badisch-schweizerischen Grenze, während für den Bezirk des Brückenkopfes Rheinfelden bis zum 1. Dezember 1921 verboten ist, soweit es sich nicht um die Deckung eines augenblicklichen dringenden Bedarfs handelt. Von der Reichsregierung wurden die bisherigen Ausfuhrerleichterungen für den Kleinverkehr aufgehoben, jedoch auch in Baden gegen alle Reichsausländer, die sich ohne Einreiseerlaubnis in Deutschland aufhalten, um unter schlechte Kalutta zu Einkäufen oder billigem Leben zu benutzen, aufs Schärfste eingeschritten werden wird.

Das Ziterwerk.

Auf der Mosbacher Kreisversammlung, die am Dienstag in Eberbach stattfand, machte der Kreisvorsitzende, Rechtsanwalt Bopp von Mosbach, einige Mitteilungen über das Ziterwerk, aus denen wir folgende Einzelheiten hervorheben:

„Das Werk wird für den Kreis ein gut rentierendes Unternehmen. Man will es in Form einer Aktiengesellschaft betreiben. Die Verhältnisse zwingen den Kreis, diesen Weg zu beschreiten, der auch vom Staat bei dergleichen Unternehmen bereits eingeschlagen wurde. Die Errichtung des Ziterwerkes ist in erster Linie vom Kreis geschaffen worden, um für das Kreisgebiet elektrischen Strom herbeizuführen. Weiter wollten wir mit diesem Unternehmen uns die Mittel schaffen, die wir zur Lösung unserer sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben des Kreises notwendig brauchen. Die Aktien werden gut fundiert sein. Wir haben das Ziterwerk abschätzen lassen und das Ergebnis der Sachkommission war, daß der derzeitige Wert des Ziterwerkes schon bis zum zwei- und dreifachen gegen die Herstellungskosten gestiegen ist. Mit dem Badenwerk haben wir zur Abnahme des Stroms einen neuen günstigen Vertrag abgeschlossen. Wir erhalten einen weiteren, den Zeitverhältnissen entsprechenden, höheren Strompreis, dem die Kohlenpreiskrise, d. h. der Kohlenwert zugrunde gelegt wurde. Auf Grund dieser Verhältnisse sind wir an die Gründung einer Aktiengesellschaft herangetreten. Man vertritt nicht zu viel, wenn man sagt, daß man mit Bestimmtheit heute schon annehmen kann, daß der Kreis in den nächsten Jahren schon keine Schulden mehr auf dem Ziterwerk haben wird. Siderlich steigt der Wert des Ziterwerkes noch dauernd, da das Unternehmen ganz erheblich besser ist als die Kosten der Herstellung. Weiter machte der Kreisvorsitzende auf eine Anfrage die Mitteilung, daß der Kreis Dr. Rubin beauftragt habe, ein Gutachten über die Erfassung der Wasserkräfte im Reichenbachstale abzugeben. An diesem Gutachten wird bereits gearbeitet. Auch die

Erfassung der Wasserkräfte im Gammelsbachstale, in dem allerdings die Stadt Eberbach ein Projekt plant, werden wir nicht aus dem Auge lassen. Wenn die Stadt Eberbach das Projekt nicht ausführt und dieses günstig ist, wird der Kreis auch dieser Sache näherzutreten.“

Karlsruhe

— **Karlsruhe, 23. Nov.** Der Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen hält am 27. November hier eine Landesausschussung ab.

— **Weisenbach (Murgtal), 23. Nov.** Für den Bau der letzten Strecke der Murgalbahn von Raumünzach nach Klosterreidenbach sind jetzt von der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart die Erdarbeiten usw. zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben worden.

Mannheim

— **Mannheim, 23. Nov.** Einer Bauersfrau wurde gestern auf dem Paradeplatz die Geldtasche mit einem bedeutenden Inhalt entwendet und zwar von einer etwa 60 Jahre alten Frau, die stüchelte.

— Heute nacht wurde hier eine Kellnerin von einem Taxameter überfahren und getötet. — Wegen häuslicher Zwistigkeiten hat sich die 33 Jahre alte Ehefrau eines in Käpferthal wohnenden Kaufmanns in der Küche ihrer Wohnung erhängt. — Am dem Postamt I wird augenblicklich ein Gerüst aufgestellt, das für die Steinmehnen bestimmt ist, die das im oberen Giebelfeld in großer Reliefchrift stehende Wort „Kaiserliches“ mit Hammer und Meißel verschwinden lassen sollen. Diese Maßnahme soll auf einer gewissen Verfügung des Reichspostministeriums beruhen, wonach an allen Postanstalten die noch vorhandenen kaiserlichen Zeichen und Aufschriften zu beseitigen sind.

— **Heidelberg, 23. Nov.** Im Alter von 84 Jahren ist der Goetheforscher Dr. phil. August Schmitts gestorben. — Der 40jährige verheiratete Fabrikarbeiter Wilhelm Dohm stürzte im Schloßgarten aus dem Zuge und erlitt so schwere Verletzungen, daß ihm ein Fuß amputiert werden mußte.

Freiburg

— **Freiburg, 23. Nov.** In der letzten Bürgerausschussung wurde ein Antrag des Stadtrats nach Aussprache angenommen, der für die Erbauung der Straßensbahn Freiburg-Littenweiler 1 900 000 M anfordert. Weiter genehmigte der Bürgerausschuss den Ausbau der Hilda-Kinderklinik, der einen Aufwand von 1/2 Million M beanprucht. Die Stadt hat davon 210 000 M zu tragen. Bei Beratung dieses Gegenstandes wurde von dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß eine Erweiterung der medizinischen Klinik beabsichtigt ist.

— **Freiburg, 23. Nov.** (Friedliche Einigung zwischen Angestellten und Arbeitgebern.) Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses bei den Gehaltsforderungen der Freiburger Angestellten hat eine Erweiterung zugunsten der Angestellten erfahren. Es haben die Arbeitgeber sich in einer Entschliessung bereit erklärt, für die Monate November und Dezember eine Teuerungszulage von zusammen durchschnittlich 925 M an jeden Angestellten zu bezahlen. Dafür soll aber die Frist für die Neugruppierung der Gehaltsklassen bis zum 15. Januar kommenden Jahres verlängert werden. Damit können die Lohndifferenzen als beendet gelten; es dürfte mithin vorläufig weder zu einem Streik noch zu einer Aussperrung kommen.

— **Bruchsal, 23. Nov.** Der schweizerische Bundesrat hat ebenfalls weitere Maßnahmen gegen die Einfuhr in die Schweiz unternommen. Er hat die Einfuhrbeschränkungen verschärft und angeordnet, daß diese Einfuhrbeschränkungen besonders auf den kleinen Grenzverkehr ausgedehnt werden.

Konstanz

— **Konstanz, 21. Nov.** Bei den unlängst in Lindau und Friedrichshafen abgehaltenen Bepfropfungen zwischen den Vertretern der 3 Süddeutschen Eisenbahngeneraldirektion Augsburg, Stuttgart und Karlsruhe, bei denen auch die Frage der Ueberführung der Bodenseeschiffahrt in Privatbetrieb besprochen worden sein soll, spielte die Frage der Unrentabilität der 3 deutschen Bodenseedampfschiffbetriebe eine Hauptrolle. Um die Verluste herabzudrücken, müssen die Güter- und Personentarie auf den deutschen Bodenseeschiffahrtslinien ganz bedeutend erhöht werden und zwar die Personentarie um 100 Prozent. Der Fahrkilometer würde dann künftig auf dem 1. Schiffspfad 60 Pfg. und auf dem 2. 40 Pfg. kosten. Alle Vergünstigungen, wie zum Beispiel auch die Abonnementshefte, kommen in Wegfall.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 24. November 1921.

— **ha. Die 24-Stundenzeit im Sommerfahrplan?** Die Bierundwanzigstundenseit hat auch auf der Europäischen Fahrplankonferenz in Bern allgemeine Zustimmung gefunden. Wie die einzelnen Eisenbahnbeamten, so dürfte auch die Reichsbahnverwaltung für die Neuerung gewonnen sein. Mit der Grünlichtzeit, mit der man in Deutschland derartige Dinge anzufassen pflegt, soll auch die übrigen Zweige der Reichsverwaltung mit dieser Neuerung beauftragt werden. Es sollen u. a. die Vertretungen von Handel und Industrie über die Frage gehört werden. Es wird so reichlich Gelegenheit geboten werden, sich darüber zu äußern. Jedenfalls ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Bierundwanzigstundenseit auch in Deutschland amtlich eingeführt werden wird. Ohne Voreingenommenheit kann man die Vorteile nicht verkennen: Einfachheit und Sicherheit beim Sprechen, Schreiben und Drucken der Zeiten. Die hohen Stundenzahlen hat sich das Publikum in allen Ländern, die sie eingeführt haben, schnell gewöhnt. Es dürfte sich nur fragen, ob es möglich sein wird, die Verbesserung schon zum 1. Juni, dem Tage des Inkrafttretens des Jahres- oder Sommerfahrplans, einzuführen.

— **Verkehrsperren.** Gesperrt ist die Annahme von Eil- und Frachtmittelwagen nach Landau ausgenommen Lebens- und Futtermittel, Brennstoff, Besatzungsgut, des weiteren die Annahme von Eil- und Frachtmittelwagen nach Trier Hauptbahnhof, ausgenommen Lebensmittel und Besatzungsgut. Sämtliche Frankfurter Ortsbahnhöfe sind für Frachtmittelwagen wieder frei, ausgenommen Leergut und Baumaterial. Gesperrt bleibt der Frachtmittelwagenverkehr über Frankfurt hinaus soweit Güter in Frankfurt/Main 607, umgeladen werden. Die Annahme von Frachtmittelwagen nach Hamburg H oder B, Hamburg-Barmbeck und Altona ist noch gesperrt, die übrigen Sperren für die Hamburger Bahnhöfe sind aufgehoben.

— **Reichsausführungsbefehle für Unfallversicherung.** Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist die Errichtung einer Reichsausführungsbefehle für Unfallversicherung beabsichtigt. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird demnächst dem Reichstag zugehen.

(1) „Niederlande“ Karlsruhe. Als eine Vorgesandte für abgegebene Wasser und gemüllte landwirtschaftliche Gekochte erwies sich die „Niederlande“ wieder durch den Barmhüttenabend, zu dem sie am letzten Sonntag ihre Mitglieder in das Vereinsheim eingeladen hatten. Die Herren hatten bei der Ausfahrt über Solomunnen mit Rücksicht auf den Charakter des Tages erstere Gekochte gewährt; dadurch bekam der Abend eine wohltuende Einseitigkeit und vornehmliche Söde, die um so annehmbarer wurde, als alle Darbietungen bedeutende künstlerische Leistungen waren. Herr 1. Präsident Kartz und Herr Dr. Waldenauer leiteten den Abend durch den wohlgedeuteten Vortrag eines Scherzhaften vierbürtigen Märchens am Fingel ein. Nach einer Begrüßungsansprache des 1. Präsidenten traten

die Anwesenden in Fräulein Schwarz eine Violinpielerin von hervorragenden Eigenschaften kennen. Ein voller, warmer Ton entströmte ihrem wohlklingenden Instrumente; eine vorzügliche Vogenführung und höchst weite Technik ermöglichten ihr, ihre ganze Seele in das Spiel zu legen und im Zuhörer das Gefühl reinen musikalischen Genusses zu erzeugen; sie trug die Adur-Sonate von Handel und eine Gavotte von Bach mit vielem Geschmat vor. Mit großem Beifall wurde die Gesangsistin des Abends, Fräulein Steffl Gagar, die Richtige des berühmten früheren Direktors des Vereins, begrüßt. In mehreren Liedern von Schubert und Hugo Wolf zeigte die Sängerin, daß sie nicht nur eine sehr ansprechende Stimme besitzt, sondern auch durch ihre Lehrerin, Frau Mühl-Ritter eine gründliche Ausbildung genossen hat. Mit besonderer Liebe sang die Sängerin auf die stimmungsvollen Feinheiten der Wollischen Kompositionen, z. B. „Mignon“, „Heimweh“ und andere ein. Herr Konzertführer Müller erregte wieder durch den Schmelz seines angenehmen Baritons, wie durch den durchgeistigen Vortrag seiner Lieder. Seine vorzügliche Leistung waren nicht nur seine Rosenlieder, sondern auch das Hiesigstündene, zeitgemäße „Wach auf du goldenes Morgenrot“, eine Schöpfung des hiesigen Komponisten Vättger. Besonderen Dank der Zuhörer erwarb sich Herr Dr. Waldenauer durch die künstlerische Vortragsweise der Solisten, sein schönes Spiel zeugte von reifer Technik und tiefstehender Musikalität. Sehr geschickt wählte Herr Held seine Rezitationen in den Rahmen des Abends einzupassen; gleich sein erster Vortrag „Der Organist von Schmalkalen“, war für den Abend wie geschaffen und wurde mit feiner Manierierung dargestellt; aber auch seine weiteren Gaben fanden reichen Beifall.

Vorarbeiten der Veranlaßter.

— **Mrs. Mombert, 18. Nov.** ist Karlsruhe, und der bedeutendste lebende badische Dichter, neben George und Werfel auch der bedeutendste Deutschlands. Er war einer der freiesten, die ungeschicht aller naturwissenschaftlichen Erfindungen zu einer Reifezeit vorbrachten. Mit George ist er der Vater des Expressionismus. Der Vortrag über ihn, den Heinrich Werfel, heute, Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr im Bierabendeintat halten wird, dürfte eine literarisch interessierten Kreise von Karlsruhe anregen. Karten im Vorverkauf bei Kurt Reuschel, ab 7 1/2 Uhr an der Abendkasse, X. Kolossäum, Zwangsquartieramt III der letzte große Laßfolgerer Schwan, welchen die beliebten Köhler Komiker, Schmitz-Belkshofer, mit ihrer Gesellschaft ab heute, Donnerstag, bis inkl. 30. November geben werden. Die Vorstellungen beginnen 8 Uhr. Am 1. Dezember wird wieder ein Baricel-Programm seinen Einzug halten. Während dieser Zeit, am 1. Dezember findet heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, großes Sonbectongesert der Künstlerische Luncheon statt.

— **V. Traucavorken.** Auf den am nächsten Freitag abend im früheren Café Hildenbrand stattfindenden zeitgemäßen Vortrag von Frau Dr. Braunmann über „Frauenkrantheiten“ machen wir unsere Leserinnen besonders aufmerksam.

Familien-Nachrichten.

— **Aus aus den Standesbüchern Karlsruhe.**
Geburten, 18. Nov.: Helmut Gust. Heinrich, Vater Adolf Eberl, Versicherungsbeamter; Karl Wilhelm, Vater Wilhelm Kötter, Eisenbahnschaffner. — 19. Nov.: Thessa Sofie, Vater Alfred Hader, Blechmeister; Richard Emil, Vater Eugen Kistl, Friseur. — 21. Nov.: Anna Nina, Vater Otto Hubert, Bäcker.
Eheausgaben, 22. Nov.: Josef Hermann, Mediziner von hier, mit Mathilde Anselm von hier; Otto Rethle von Neuron, Gewerbetreibender in Mannheim, mit Olga Käfer von hier; Karl Eberl von hier, Tagelöhner hier, mit Rosa Arndt von hier; Georg Meißner, Rudolf Müller von hier, Galanteriewerk hier, mit Elsa Schöcklin von Frankfurt; Heinrich Reinhold von hier, Elektromonteur hier, mit Emma Wittroff von Gieshausen; August Geisler von Gemmingen, Bürobedienter hier, mit Gertrud Hennig von Ruda; Albert Weisler von hier, Bankbeamter hier, mit Hedwig Dreher von hier; Franz Jakob von Oberweiler, Bürobedienter hier, mit Margareta Kistner von Mannheim.
Todesfälle, 20. Nov.: Karl Kober, Ehemann, 77 Jahre, Reallehrer a. D. — 21. Nov.: Marie Richard, ledig, 51 Jahre, Lehrerin; Karl Schäfers, 9 Mon. 15 Tage, Vater Gustav Schäfers, Straßenbahnschaffner. — 22. Nov.: Bina Kasper, Ehem., 52 Jahre, Bremf. a. D.; Sylvia Eichhorn, 86 Jahre, Witwe von Heinrich Eichhorn, Apotheker; Hermine Geisler, 75 Jahre, Witwe von Georg Geisler, Postlektor a. D.; 23. Nov.: Maria Wied, 56 Jahre, Ehefrau von Franz Wied, Kaufmann, Beerdgewinnrecht und Trauerhaus Erbschaftener Verstorbenen, Donnerstags, 24. Nov., 3 Uhr; Sylvia Eichhorn, Apotheker-Witwe, Ellenhofstraße Nr. 10, 1/4 Uhr; Hermine Geisler, Postlektor-Witwe, Katherstraße 2.

Aus auswärtigen Blättern.

— **Berlin.**
Hofheim: Fritz Gott und Helene Kuffeume; August Dittler und Charlotte Ebenaler; Dr. Arthur Friedmann und Helene Dittel; Karl Schäfer und Paula Schale.
Mannheim: Vittorio Fiore und Philippine Louise Mantel; Arthur Arone und Hilde Stoll.
Offenburg: Arthur Kern und Herta Weis.
— **Bermühfte.**
Hofheim: Friedrich Schwarz und Ella Schwarz, geb. Mosler.
Heidelberg: Dr. med. Ludwig Raber und Luise Mayer, geb. Mosler.
Offenburg: Walter Heinrich und Gertrud Heinrich, geb. Kraber; Theo Kahn und Paula Kahn, geb. Stern.
Freiburg: Conrad Fichter und Helene Fichter, geb. Willy; Dr. Otto Riede und Josef Riede, geb. Häge.
— **Todesfälle.**
Hofheim: Gottfried Hanselmann, Weinbrenner a. D., 80 Jahre alt; Hermann Mayer, Goldarbeiter; Althe Eber, geb. Mosler, 43 Jahre alt; Wilhelm Jia, 71 Jahre alt.
Mannheim: Heinrich Schäfer, 55 Jahre alt; Gottfried Brecht, 26 Jahre alt; Anna Fint, geb. Mosler, 49 Jahre alt.
Heidelberg: Jakob Neu, Oberlehrer a. D., 85 Jahre alt; Gott. Robert Rohbach, Privat, 74 Jahre alt; Friedrich Hugel, Lokomotivführer a. D., 73 Jahre alt; Anna Schwana, geb. Kauttel, 55 Jahre alt; Katharina Filscher, geb. Menges; Elisabeth Fina, geb. Rosber, 73 Jahre alt; in Rodbach; Susanna Gatterbach, geb. Rosbold, 76 Jahre alt, in Sandhausen.
Weinheim: Philipp Schick, Malermeister, 41 Jahre alt; Hans Arner, Schmiedemeister, 84 Jahre alt, in Niederleberbach.
Rendsburg: Maria Anna Maier Wwe., 63 Jahre alt.
Offenburg: Karl Hambrecht, Wandreditor a. D., 82 Jahre alt.
Ahl: Maria Wihler Wwe., geb. Sauer, 64 Jahre alt; Anna Maria Wirtel, 81 Jahre alt; Elisabeth Steurer, geb. Buchs, 65 Jahre alt, in Muenheim.
Lahr: Karl Dupps, Profurist.
Freiburg: Frieda Lichtenberg, 46 Jahre alt; Gustav Georg Mayer, Privat, 65 Jahre alt; Else Greulich, Hauptlehrer, 60 Jahre alt, in Wildtal.
Mühlheim: Katharina Eberl, geb. Wörth, in Oberegenen.
Waldshut: Heinrich Gagnawich, 82 Jahre alt.
Engen: Joseph Kentscher, Landwirt, 66 Jahre alt, in Neuhäusern; Sophie Probst, geb. Graf, 66 Jahre alt, in Duchtlingen.

Briefkasten.

(Anfragen können nur Berücksichtigung finden, wenn die laufende Abonnements-Listung und 60 P. für Porto-Ausgaben beigefügt werden.)
23. 2. in E. H. Die italienische Familie braucht noch zur Riederlassung in Deutschland die Einreiseerlaubnis des deutschen Generalkonsulats in Italien, die mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Falles und den Arbeitsnachweis wohl erteilt wird. Senden Sie der Familie die nötigen Papiere zu. (668)
E. Sch. 300. Meerrettich läßt sich in acerbem Zustand nicht darbar aufbewahren. Der Rettich muß in die Erde vergraben werden, und zwar in lockriger Lage, so daß das Grün an die Erdoberfläche kommt. (691)

Hühneraugen
Hornhaut, Schwiele, Warzen
besitzt das ärztlich empfohlene milde und bewährte
Kukirol
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Drogerie Roth, Herrenstr. 26-28; Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Nr. 548.

Handelszeitung der Badischen Presse.

24. November

Industrie und Handel.

Sinner A.G., Grünwinkel. Der Aufsichtsrat der Sinner A.G. hat beschlossen, einer auf den 19. Dezember l. Js. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 38 Millionen Mark durch Ausgabe von 28 Millionen Mark Stammaktien und 10 Millionen Mark 7prozentiger Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht vorzuschlagen, beide mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1922. Die Stammaktien sollen von einem Konfortium zu 115 Prozent übernommen und den alten Stammaktionären im Verhältnis von 1:1 zu 120 Prozent angeboten werden. Die Vorzugsaktien sollen von den Mitgliedern der Verwaltung mit Sperrrecht übernommen werden.

Gebäudejahr A.G. Pirmasens. Die in Mannheim in den Räumen der Rheinischen Creditbank abgehaltene außerordentliche Generalversammlung, in der 3293 Stammaktien und sämtliche Vorzugsaktien vertreten waren, genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals von 10 auf 24 Mill. Mark durch Ausgabe von 13 Mill. Mark Stammaktien und 1 Mill. Mark 6proz. kumulativer Vorzugsaktien mit halber Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr. Die neuen Stammaktien sollen von einem Konfortium, bestehend aus der Rheinischen Creditbank, der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M., und der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen a. Rh. zum Kurse von 150 Prozent übernommen werden mit der Bedingung, den Aktionären davon 9 Mill. zum gleichen Kurse im Verhältnis von 1:1 anzubieten. Von den übrig bleibenden Aktien hat die Rheinische Creditbank als Freihänderin 1 Million Mark Aktien zu verwahren zum Zwecke der evtl. Angliederung weiterer Betriebe oder zur Befriedigung anderer Ausdehnungsmöglichkeiten. Im Falle der Unmöglichkeit dieser Absicht in absehbarer Zeit hat die Rheinische Creditbank diese 1 Million Mark Aktien für die Gesellschaft frei zu verkaufen. Die restlichen 3 Mill. Mark Aktien hat das Konfortium freihändig zu erwerben und zwar berast, daß ein gewisser Teil im Interesse der Firma für Werksinteressen usw. zur Begebung kommt. Die bisher bestehenden mit 25 Prozent einbezahlten 1 Million Mark Vorzugsaktien sollen voll einbezahlt und die neuen Vorzugsaktien die gleichen Rechte wie die alten, also 6 Prozent kumulatives Verzinsung erhalten. Die neuen Vorzugsaktien werden von dem Konfortium zu pari übernommen. Sie können vor 1930 nicht eingelöst werden. Ihre Einlösung erfolgt zu 110 Prozent. Die Vorzugsaktien haben zehnmaliges Stimmrecht und können nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Jahre A.G. veräußert werden. Zur Begründung der Kapitalerhöhung führte der Aufsichtsratsvorsitzende Geheimrat Dr. Richard Brofen von der Rheinischen Creditbank an, daß der ganze Geschäftsbetrieb der Gesellschaft die Beschaffung weiterer Mittel bedinge. Die Rohmaterialien Löhne und Gehälter erfordern große Summen, die man sich ja durch Kredit beschaffen könne, aber es sei für ein Unternehmen doch besser, stets unabhängig zu sein. Die Gesellschaft habe sich infolge ihrer guten Leitung und Verwaltung außerordentlich gefestigt. Der Geschäftsgang sei betriebend und man glaube, ein gutes Ergebnis zu erzielen, wenn auch die Dividende mäßig bemessen werden würde, was für die Aktionäre, die die Dividende nicht zur Erzielung eines Kursgewinnes ausschließlich erworben haben, schon günstig sei. Die Aktien sollen an der Mannheimer und der Frankfurter Börse zur Einführung gelangen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Das Unternehmen beantragt Kapitalerhöhung von 120 auf 206 Millionen M. Von den 86 neuen Aktien werden 57 Millionen Mark nicht unter 250 Prozent den Aktionären im Verhältnis von 2:1 angeboten. Der Rest wird unter Gewinnbeteiligung der Bank veräußert.

Bayerische Mühlenwerke A.G. in Guntzenhausen. Die Gesellschaft beschließt das Grundkapital von 2,60 auf 55,50 Millionen M. zu erhöhen und Veränderung der Firma in bayerische Mühlenwerke und Mühlenwerke A.G. Guntzenhausen. Der Sitz der Firma ist nach Guntzenhausen verlegt worden.

Bayerische Terrain A.G. in München. Die Gesellschaft, die ihr Kapital im Jahre 1908 bereits 3,2 zusammenlegte, schlägt jetzt eine Zusammenlegung von 5 auf 3 Millionen M. vor zwecks Tilgung der am 30. Juni 1920 mit 1,30 Millionen M. ausgewiesenen Unterbilanz. Gleichzeitig soll das Kapital um 4 auf 7 Millionen M. erhöht werden, zwecks Beteiligung der Hypotheken- und Bankschulden.

Oberrheinische Maschinenfabrik A.G. in Augsburg. Die Gesellschaft hat ihr Aktienkapital von 1 auf 3 Mill. M. erhöht. Die neuen Aktien werden den alten Aktionären zu 100 Prozent im Verhältnis von 2:1 angeboten.

Schreibmaschinenfabrik Augsburg. Die Gesellschaft erhöht ihr Aktienkapital um 1 auf 2 Mill. M. Die neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 100 Prozent angeboten werden.

Eisen- und Metallwerke Akt.-Ges., Dortmund. Diese vor einiger Zeit unter Führung des Bankhauses Schwab, Roelle u. Co., in Essen, mit einem Aktienkapital von 1,3 Millionen gegründete Aktiengesellschaft hat i. Jt. sämtliche Anteile der Eisen- u. Metallwerke G. m. b. H. Linen, erworben. Den Aufsichtsrat der Gesellschaft bilden: Herr Wilhelm Weber, Dortmund, 1. Vorsitzender, Herr Bankier

Ed. Roelle, (in Firma Schwab, Roelle u. Co., Essen), 2. Vorsitzender, Bankdirektor Ewald Sachs (Bank für Handel und Industrie), Dortmund, Bergwerksdirektor Wilhelm Droste, Bochum. Die am 19. ds. Mts. abgehaltene außerordentliche Generalversammlung hat die Erhöhung des Aktienkapitals um weitere 2 Millionen Mark beschlossen. 1 Million Mark dieser Aktien werden voll gezahlt, die weitere 1 Million Aktien wird vorläufig mit 25 Proz. eingezahlt; die restliche Einzahlung erfolgt je nach dem weiteren Kapitalbedarf bzw. der Entwicklung der Gesellschaft. Die sämtlichen Aktien sind vom Bankhause Schwab, Roelle u. Co. in Essen übernommen worden. Die Kapitalerhöhung wurde insbesondere erforderlich durch den Erwerb eines Fabrikgrundstückes mit anstehenden Gebäulichkeiten und Bahnanschluss in Größe von 27 Morgen, das zu sehr vorteilhaften Bedingungen käuflich übernommen worden ist. Die Gesellschaft, die insbesondere einige Spezialerzeugnisse für das Ausland herstellt, ist reichlich mit Aufträgen zu lohnenden Preisen besetzt, so daß für das laufende Geschäftsjahr mit der Verteilung einer angemessenen Dividende gerechnet werden kann.

Dresdener Bank. Eine auf den 10. Dezember nach Dresden einberufene außerordentliche Generalversammlung hat über die bereits bekannte Kapitalerhöhung um 200 Mill. M. zu beschließen.

Wirtschaftspolitisches.

Anhäufung der Kohlenvorräte in Frankreich. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die französischen Kohlenvorräte wachsen derartig an, daß in den beteiligten Kreisen große Besorgnis darüber herrscht. Ende September hatte das Departement Nord und Pas de Calais einen Vorrat von 727 000 Tonnen. Am 1. November belief sich der Vorrat bereits über 800 000 Tonnen. Da die Vorräte weiterhin ständig ansteigen, macht sich bereits Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Anhäufung der Kohlenvorräte wird in den beteiligten Kreisen nicht nur allein auf die Verminderung der Nachfrage für Industrieöfen und Hausbrandöfen zurückgeführt, sondern besonders auf die heftige Konkurrenz der Kohlen aus England, des Saargebietes und dem übrigen Deutschland.

Besserung der englischen Handelsbilanz. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Wert des englischen Exports ist im Monat Oktober auf 62,3 Millionen Pfund Sterling gegen 55,3 Millionen im Monat September und 50,3 Millionen im Juli geblieben. Während die Einfuhr weiter um 57,1 Millionen Pfund Sterling im Monat auf 54,7 Millionen Pfund Sterling gesunken ist, betrug die Einfuhrüberschuss, der sich im Monat August noch auf 37,3 Millionen Pfund Sterling und im September auf 3,7 Millionen Pfund Sterling belief, nunmehr auf 2,1 Millionen Pfund Sterling gefallen ist.

Außenhandel Italiens. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Außenhandel Italiens zeigt für das erste Halbjahr von 1921 eine Ausfuhr von 6956 Millionen und eine Einfuhr von 14 002 Millionen gegen 5282 Millionen und 13 457 Millionen in der Vergleichszeit des Vorjahres, jedoch sich die Ausfuhr um 15 Proz., die Einfuhr um 4 Proz. erhöht hat und der Passiv-Saldo mit circa 80 Milliarden ziemlich unverändert geblieben ist.

Der russische Rubel steigt. An der Kopenhagener Börse hat sich in den letzten Wochen und Tagen eine Bewegung geltend gemacht, welche als eine Art von Ruhepause angesehen werden kann. Während man kürzlich noch für 100 Rubel 10 Dore bezahlte, müssen jetzt bereits 70 Dore dafür angelegt werden. In Finanzkreisen spricht man davon, daß das Steigen des Rubel und Dumarubels insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß von französischer und schweizerischer Seite Rubelkäufe in großem Umfange vorgenommen worden sind.

Die deutschen Guthaben in der Schweiz. Es hat in der letzten Zeit auch in der Schweiz nicht an Stimmen gefehlt, die die Entwicklung der deutschen Finanzverhältnisse auf allerlei beabsichtigte Manöver deutscher Wirtschaftskreise zurückzuführen wollten. Insbesondere wurde der deutschen Handelswelt vorgeworfen, daß sie zu Spekulationszwecken Schweizer Franken ankaufe, wodurch der Kurs der Schweizer Währung zum Schaden der schweizerischen Volkswirtschaft weiter in die Höhe getrieben werde. Es wurden sogar ganz bestimmte, sehr hohe und zumteil phantastische Beträge genannt, die für deutsche Rechnung bei den Schweizer Banken ruhen sollten. Diese Darstellung soll in der Schweiz Öffentlichkeit viel böses Blut gemacht haben, und es ist deshalb zu begrüßen, daß nun einmal von ausländischer Seite dieser Legende ein Ende bereitet wird. Das Generalkonsulat des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes gibt nämlich in der Presse folgendes bekannt:

„Auch in der Schweiz wird häufig darauf hingewiesen, daß Deutschland im Auslande große Guthaben unterhalte. Dem gegenüber ist festzustellen, daß anlässlich der vom eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement einberufenen Konferenz der Schweizer Banken festgestellt wurde, daß diese Befauptung, insofern die Schweiz in Betracht kommt, durchaus unbegründet sei. Aufgrund von Erhebungen wurde mitgeteilt, daß die den deutschen Schuldnern eingeräumten Kredite

gelegentlich sogar überzogen werden und daß von Einzahlungen auf Depots deutscher Banken, Gesellschaften, Industrieller oder Privatier nichts bekannt sei.“

Diese Feststellung aus den Kreisen der Schweizer Bankenwelt wird für die Beurteilung der Lage nicht ohne Bedeutung sein. Sie widerlegt auch die Behauptung, daß der Schweizer Franken durch die Placierung deutscher Guthaben in der Schweiz in die Höhe getrieben wird.

Die Behandlung der kleinen Warenaufträge. Zu dem Beschluß verschiedener Bank- und Bankiervereinigungen, Aufträge zum An- und Verkauf von Dividendenpapieren unter 5000 M. Kennwert nur noch bestens, Limite für Aufträge unter dieser Summe nicht mehr anzunehmen, haben Mitglieder des Reichswirtschaftsrats die Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, welche Schritte sie gegen diese Beschlüsse zu unternehmen gedenkt. Zur Begründung wird ausgeführt: „Es ist zu befürchten, daß hieraus noch größere Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei der Kureffektung, als sie schon bestehen, sich ergeben werden, besonders für Papiere, die an mehreren Börsenplätzen notiert werden.“ Weiter ist zu erwarten, daß die Spekulation sich von den eingeführten Aktien abwenden und noch mehr dem Markt der unnotierten Werte zuwenden wird.“

Börsenberichte.

New York, den 23. November 1921. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,35 (0,35%), Höchstler Kurs 0,37 (0,37), niedrigster Kurs 0,33 (0,33). Markbörsen 0,36-0,36% (0,36-0,36%) (277,77 M.).

Frankfurter Abendbörse vom 23. November. Belgien 1890, Holland 9812%, London 1107, Paris 1955, Schweiz 5230, Italien 1145, New York 277. Tendenz: still, geschäftlos.

Vom Valutamarkt.

(Schlußnotierungen.)

New York, 23. Nov. Wechsel auf:

Paris	22.11. 712.-	23.11. 708.-	Schweiz	399.85	399.87	Italien	0.35%	0.35%
Brüssel	107.50	107.50	London	100.00	100.00	Deutschland	0.35%	0.35%
						Holland	98.12%	98.12%

Paris, 23. Nov. Wechsel auf:

Deutschland	22.11. 14.75	23.11. 14.75	Wien	1420	1416.50	Holland	98.12%	98.12%
Frankfurt	10.75	10.75	New York	87.1	86.75	Italien	0.35%	0.35%
Brüssel	14.75	14.75	London	99.66	99.66	Schweiz	399.85	399.87

London, 23. Nov. Wechsel auf:

Paris	22.11. 112.80	23.11. 112.70	Holland	112.80	112.70	Deutschland	11.28	11.28
Brüssel	107.50	107.50	Wien	112.80	112.70	Italien	0.35%	0.35%
Frankfurt	107.50	107.50	London	100.00	100.00	Schweiz	399.85	399.87

Kopenhagen, 23. Nov. Wechsel auf:

London	22.11. 102.00	23.11. 102.00	Paris	27.71	28.30	Stockholm	128.50	127.10
New York	542.-	543.-	Zürich	102.10	102.10	Kristiania	70.75	70.75
Hamburg	2.05	2.05	Amsterdam	101.25	102.-	Heisingfors	10.75	10.50

Amsterdam, 23. Nov. Wechsel auf:

London	22.11. 111.80	23.11. 112.50	Kopenhagen	62.50	62.40	Brüssel	107.50	107.50
Paris	107.50	107.50	Stockholm	128.50	127.10	Madrid	88.90	88.90
Frankfurt	107.50	107.50	Kristiania	70.75	70.75	Italien	11.60	11.60

Stockholm, 23. Nov. Sichte Wechsel auf:

London	22.11. 111.80	23.11. 112.50	Brüssel	29.50	29.50	Kopenhagen	70.75	70.75
Paris	107.50	107.50	Schweiz	399.85	399.87	Kristiania	61.25	60.00
Frankfurt	107.50	107.50	Amsterdam	101.25	102.-	Washington	428.-	427.-

Kristiania, 23. Nov. Sichte Wechsel auf:

London	22.11. 23.80	23.11. 23.80	New York	707.715	715.-	Antwerpen	49.50	49.50
Hamburg	2.05	2.05	Amsterdam	249.-	253.-	Stockholm	165.50	167.25
Paris	70.75	70.75	Zürich	135.-	135.-	Kopenhagen	130.50	132.-

Berliner Metallpreise vom 23. November.

Elektrolytkupfer	8412	Bank-Zinn	181.00	181.00
Bleispekulum	71.0	Strait-Zinn	180.00	180.00
Aluminium	2775	Antimon	179.00	179.00
Platin	1100	Nickel	135.00	135.00
Gold	1100	Aluminium	135.00	135.00

Hamburger Metallpreise vom 23. November.

Silber ca. 900 feil	4.73	4.73	Wolframbisulfid	150	150
per 1. Monat	4.75	4.75	Bleispekulum	71.0	71.0
per 3. Monate	4.77	4.77	Aluminium	2775	2775
per 6. Monate	4.79	4.79	Platin	1100	1100
per 9. Monate	4.81	4.81	Gold	1100	1100

Londoner Metallpreise vom 23. November.

Kupfer per Kassa	66.75	Blei niedrigster Preis	24.50	24.50
per 3 Monate	67.75	höchster Preis	25.50	25.50
per 6 Monate	68.75	Aluminium	135.00	135.00
per 9 Monate	69.75	Zinn niedrigster Preis	25.00	25.00
per Kassa	160.00	höchster Preis	26.00	26.00
per 3 Monate	162.00	Silber A	85.25	85.25
per 6 Monate	164.00	Antimon	130.00	130.00
per 9 Monate	166.00			

Freiw. Versteigerung
Samstag, 23., mittags 2 Uhr.
Karlstr. 37, größerer Posten
Anzüge und Kostümlstoffe,
eine weiße Köchen-Einrichtung, neu, 3 Köchen-
Kranke und Boden, 1 Esselagarnitur (Blau), 1
Wahngarnitur, 1 Sofa, 1 Schwereneden-Ver-
tiko, 1 Schreibtischstuhl, 1 Eschschrank und Steno-
masch neu, Was- u. elektr. Lichter, Gaswärmer u.
1 Gasbadofen, mehrere Damen- u. Frauenkleider,
Linnen, Wollgarn- u. Unterwäsche, Trauermö-
belen (14, 12, 1.90, 3.50, 4.40 m. Länge), 1 buntes
Kissen mit 2 Kissen (12. S. S. S. S.), 1 buntes
Tischdecke, Kleider etc. 18499
Karl Ackermann, Auktionator.

„Kui Anni komme sofort“
Kauf oder Miet, Kleider, Möbel, Briefe ufm. Bis
Jahresfrist. 50. Tel. 2051. Arababoni.

Der bekannte und beliebte Etagen-
Pelzverkauf
N. Schöpp Karl-Friedrichstr. 6 1 Trepp
gegenüber dem Schloss-Gaß - Marktplatz
bringt wieder in großer Auswahl
gute, echte Leipziger Pelze.
Moderne Formen - Keine minder-
wertige Massenware - Sehr billige
Preise - Keine teure Ladenmiete.

Aus Stoffresten
werden alle Arten warme Haus- und Straßen-
Schuhe angefertigt in sauberer Ausführung mit
guten Lederfüßen. 183116
Stoff- u. Schuhmacherei, Baumwollstrasse 38, 1.

Neue Damen-Schuhe
sehr preiswert. Paar 4 125.- und 4 145.-
Bismarckstrasse 53a. Laden. 183117

Briefumschläge
Lieferer Buchdruckerei der
Badischen Presse.

Teure Eier sparen Sie durch
Dr. Oetker's
Milch-Eiweiß-Tuber
mit Trebzusatz
Nahrhaft u. gebrauchsfertig wie
2-3 Eiweiß
für Pfannkuchen,
Klöße, Kuchen,
Torten.
Man verlange Rezeptbuch C
in den Geschäften oder von
Dr. A. Oetker, Bielefeld

Ihr Passbild
in wenigen Minuten
nur 10
Photogr. Atelier,
Bismarckstr. 38.

Damen
welche ihre Garderobe
selbst anfertigen wollen,
ist hierzu bei geprüfter
Mäherin Gelegenheit
geboden. Zu erfragen
unter Nr. 183079 in der
Badischen Presse.

Felle
aller Art, sowie
alt Eisen, Metalle
Papier
kauft zu höchsten Tages-
preisen. 1832783

A. Holles,
17 Schellstrasse 17,
Telefon 4816.

Detektiv-
Institut „Argus“
A. Maler & Co.,
Mannheim, O. G. 6.
Tel. 3.905 - Verlässliche
Auskünfte jeder Art und
Erhebungen in allen Zi-
vil- u. Kriminalproz.
25jährige Praxis, feinste
Referenzen. Vertreten i.
in- u. Auslande. A1849

Daniels
Konfektions-
Haus
Wilhelmstraße 34,
1. Trepp
Pelze, Muffe
Blüsch-
Garnituren,
kaufend billig.

Gebisse
Platin, Alt-Gold
und Silberwaren
kauft fortwährend zu
höchsten Preisen
Franz Hüger,
Friedrichstr. 17489

Augen auf!
Kaufen getrag. Kleider,
Schuhe, Eisen, Milit-
Uniformen, Bekleidg. u.
Wandtasche etc. Möbel
aller Art zu Tagesprei-
sen. Gef. Aufträgen an
H. Schab, Kaiserstr. 67,
Eing. Waldbornstr. 17489

Nasen- und Gesichtsreste!
Ein einfaches, wunder-
bares Mittel teilt all. da-
von Lebenden toten, m.
Herrn W. Volo i. D. 1. 1. 1.
G. 78. Schleichstr. 106.

Platin
u. Gold u. Silber
kauft ständig und zahlt
den höchsten Tagespreis
Rudolf Barth
Uhrmachermeister 1409
Kaiserstr. 53. Parap. 1538
gegenüber d. Eingang
der Techn. Hochschule.

Jahle höchsten Preis
für Kleider, Schuhe,
Käse, Wandtasche,
Bekleidungen, Tassen,
Pelze, Muffen, Möbel
aller Art. Frau Hüger,
Kaiserstr. 31. 17308

American-Line.
Regelmäßige Passagier- und Frachtdampfer
Hamburg-New York.
Passagierdampfer:
Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 10. Dez.
Dreischraubendampfer „Mongolia“ 21. Dez.
Doppelschraubendampfer „Minnekahda“ 4. Jan.
Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 18.
Dreischraubendampfer „Mongolia“ 1. Febr.
Doppelschraubendampfer „Minnekahda“ 17.
Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 1. März
Passagierpreise:
Kaufe nach New York 145.- Dollar und höher.
Dritte Klasse nach New York 124.- Dollar und höher.
Passagiere benötigen vorgeschriebene Ausweisepapiere.
Frachtdampfer
Hamburg-Baltimore, Boston, Philadelphia usw.
Auskunft erteilen A2481
Amerikanische Verkehrs-Gesellschaft m. b. H.
Hamburg, Börsenbrücke 2, Schiffsmakler.
Vertr.: Arthur Bähr sen., Kaiserstr. 215, Karlsruhe.

KOHLLEN
KOKS
BRICKETS
in größeren Mengen ab süddeutschen Lägern sofort abzu-
geben. - Nur direkte Verbraucher
wollen sich melden unt. A13321/A3635
in der Geschäftsstelle d. Bad. Presse.

